IPG

KOMMENTAR 18.09.2014 | Winrich Kühne

Vom Terror zum Kalifat

Wie korrupte Eliten, Bevölkerungsexplosion und organisierte Kriminalität die dschihadistische Expansion fördern.

Die brutale und blitzartige Inbesitznahme eines Gebietes von der Größe Großbritanniens durch Islamischer Staat (IS) im Irak und Teilen Syriens und die Entführung von über 270 Schülerinnen in Nigeria durch Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) im April des Jahres haben die Expansion islamistischer Bewegungen plötzlich in das Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit geschleudert. IS und Boko Haram sind jedoch nur die Spitze einer viel grundsätzlicheren Entwicklung, die sich vom Nahen Osten über die Arabische Halbinsel und das Horn von Afrika bis hin zum Sahel und nach Westafrika vollzieht.

Besorgniserregender „Qualitätssprung“

In den Ambitionen der islamistisch-dschihadistischen Bewegungen ist derzeit ein qualitativer Sprung vom brutalen Terror zur systematischen Errichtung sogenannter Islamischer Kalifate und Emirate zu verzeichnen. Darunter werden vorgeblich vom Islam bestimmte Machtbereiche verstanden, in denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung der Frauen und andere Menschenrechte als westliche Perversionen gelten und von einem Rückgriff auf steinzeitliche Strafen wie Steinigungen, Enthauptungen oder Kreuzigungen abgelöst werden. Der regressiv-faschistoide Charakter dieser Bewegungen ist offensichtlich, wenn man sieht, mit welcher Brutalität IS ebenso wie Boko Haram bei der Vernichtung von Andersgläubigen, keineswegs nur Christen, vorgehen. Im Falle von IS spielt die lange Geschichte der blutigen Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten dabei ebenso eine Rolle wie Schergen des Saddam-Regimes. Ihr Anführer Abu Bakr al-Bagdhadi hat sich kurzerhand zum Nachfolger des Propheten ernannt und verlangt blinde Gefolgschaft – in seinem Machtbereich durchaus mit

Erfolg. Dabei kann er natürlich darauf zurückgreifen, dass die Idee einer streng autoritär-theokratischen Herrschaft in Form des Kalifats zum Grundbestand des Islams seit seinen Anfängen gehört.

Boko Haram in Nigeria hat nach der Eroberung verschiedener Ortschaften im Nord-Osten Nigerias kürzlich ebenfalls ein „Kalifat“ ausgerufen. Die Anknüpfung an die Herrschaft des Sokoto-Kalifat, im 19. Jahrhundert eines der mächtigsten, streng-muslimischen vor-kolonialen Imperien in Afrika, ist ein zentraler ideologischer Ansatz dieser Bewegung. Ansar al-Sharia in Libyen hat am 31. Juli 2014 einen ähnlichen Schritt vollzogen, nachdem es Bengasi in Ost-Libyen weitgehend unter seine Kontrolle bringen konnte. Im Jemen rief Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel bereits 2012 „Emirate“ aus, konnte sie aber nur teilweise halten. In Afghanistan schließlich streben die Taliban die Wiedererrichtung ihres 1997 gegründeten und 2001 verloren gegangenen „Islamischen Emirats Afghanistan“ an. Taliban-Führer Mullah Omar hat daran nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2014 keinen Zweifel gelassen.

Erratische Reaktionen des Westen und der internationalen Gemeinschaft

Der Westen und die internationale Gemeinschaft haben auf diese Expansion bislang keine überzeugende Antwort. Die Reaktionen zeichneten sich überwiegend durch erratische ad-Hoc Aktionen aus. Eine umfassende strategische Analyse und Planung sowie eine entsprechende Koordination der internationalen Reaktionen sind kaum zu erkennen. Das gilt selbst für die französische Intervention in Mali und die nachfolgenden EU-Missionen. Obwohl erstere militärisch zunächst erfolgreich war, besteht die Gefahr von Instabilität und Terrorismus fort.

Ein Paradebeispiel für erratisches Vorgehen ist das Überschütten Nigerias mit Hilfsangeboten nach der Entführung von über 270 Schulmädchen. Die Beteiligten, allen voran die USA, mussten schnell feststellen, dass weder im nigerianischen Militär noch in der politischen Führung vernünftige Ansatzpunkte für Hilfe existierten. Das überrascht niemanden, der Nigeria kennt. Das nigerianische Militär mit seiner überwiegend korrupten Führung ist angesichts des Verfalls seiner Moral

und Kampfkraft eher Teil als Lösung des Problems. Schlimmer noch: Offenbar hat ausgerechnet eine Reihe hochrangiger Militärs Boko Haram mit Waffen und Informationen versorgt. Dabei hatte eben dieses Militär den Auftrag, die Organisation mit aller Härte zu bekämpfen, mit dem Ergebnis, dass weite Teile der Bevölkerung im Norden des Landes heute nicht wissen, wen sie mehr zu fürchten haben: die Dschihadisten oder das Militär.

Vollends unverständlich ist die Überzeugung einiger Entwicklungspolitiker, dass nur noch mehr Entwicklungshilfe eine Ausweitung des Terrorismus verhindern könne.

Das Problem der Korruption und des Machtmissbrauchs durch die Eliten dieser Staaten ist seit langem bekannt. Westliche Regierungen versuchen ihm seit Jahren durch umfangreiche Unterstützung rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen und Reform des Sicherheitssektors entgegenzuwirken. Auch die EU ist durch eine Anzahl kleinerer Missionen wie EUTM Mali oder EUTM Somalia zunehmend auf diesem Gebiet aktiv. Erreicht wurde bislang jedoch wenig. Es besteht kaum Aussicht, dass die Erfolgsbilanz in Zukunft besser wird. Manche dieser Programme, wie etwa die finanziell aufwendigen US-Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramme, können sogar mehr schaden als helfen. Denn Waffen und Ausgebildete landen immer wieder auf der anderen Seite. Beispiele dafür gibt es im Irak ebenso wie in Afghanistan und in Mali. Die Tatsache, dass es sich dabei zunehmend um hochmoderne Waffen wie Boden-Luft Raketen handelt, ist besorgniserregend.

Diese insgesamt schlechte Bilanz westlicher Maßnahmen sollte Militärs ebenso wie strenggläubige Anhänger der zivilen Krisenprävention nachdenklich machen. Denn der Glaube letzterer, dass zivile Mittel vor allem im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit der letztlich allein erfolgsversprechende Weg sind, bestätigt sich leider nicht. Entsprechende Programme haben an der Expansion dschihadistischer Bewegungen ebenso wenig ändern können wie militärische Maßnahmen. Vollends unverständlich ist die Überzeugung einiger Entwicklungspolitiker, dass nur noch mehr Entwicklungshilfe eine Ausweitung des Terrorismus verhindern könne. Wenn diese Hilfe so erfolgsversprechend wäre, müsste Afrika längst ein blühender Kontinent sein!

Die dschihadistische Expansion ist komplex

Verständlicherweise ist die westliche Reaktion auf die dschihadistische Expansion bisher vor allem militärischer Natur gewesen. Das ändert jedoch nichts daran, dass damit lediglich an einem Symptom herumlaboriert wird. An den tieferliegenden Ursachen ändern die militärischen Maßnahmen nichts. Diese gilt es in ihrer Komplexität erst einmal zu verstehen. Im Wesentlichen handelt es sich um ein dynamisches Zusammenspiel von vier Bereichen: Marode politische Systeme und korrupte Eliten, religiöser Fanatismus im Gewande des Dschihad, transnational organisierte Kriminalität sowie Bevölkerungsexplosion und eine dramatisch anwachsende Zahl von Jugendlichen ohne Perspektive.

Auf die Problematik der politischen Systeme und ihrer Eliten wurde schon eingegangen. Was die religiöse Dimension betrifft sind die dschihadistischen Gruppen Teil der grundlegenden Auseinandersetzung, die sich im Islam gegenwärtig über seinen „wahren“ Weg in der modernen Welt vollzieht. Dabei geht es nicht um eine abstrakte Debatte islamischer Gelehrter, die die Dschihadisten ohnehin überwiegend als unislamisch ablehnen. Diese Debatte spielt für die Attraktivität der militanten Bewegungen jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere die Jugendlichen werden vielmehr von einer These angezogen, die alle diese Bewegungen von IS im Mittleren Osten, al-Shabab in Ostafrika, bis hin zu AQIM im Sahel und Boko Haram in Westafrika vertreten, dass es nämlich die korrupten, unter dem verderblichen Einfluss des westlichen Denkens stehenden Regime in den muslimischen Ländern sind, die die miserable Lage weiter Teile der Bevölkerung zu verantworten haben. Das Heil kann daher nur in der Rückkehr zum „wahren“ Islam liegen. Diese These mag für gutsituierte westliche Bürger absurd erscheinen. Nicht so jedoch für Jugendliche, die in einer erbarmungslosen Umgebung ohne Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft aufwachsen. Ihre Bereitschaft zum Mitmachen dagegen verbessert ihre Lage sogleich in zweifacher Hinsicht: Sie werden bezahlt und gewinnen einen sozialen und identitären Status, von dem sie vorher nur träumen konnten.

Dschihadisten als solche stellen kaum eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Ohne Finanzmittel und adäquate Bewaffnung sind sie lediglich zahnlose Fanatiker. Die Frage nach der Politikökonomie dieser

Bewegungen ist daher zentral. In ihrer Frühphase flossen dem al-Qaida Netzwerk entsprechende Mittel vor allem von Regierungen und privaten Sympathisanten aus den Golfstaaten zu, oder – wie im Falle der Taliban – aus Pakistan und ganz ursprünglich sogar den USA (zur Zeit der sowjetischen Besetzung). Gestützt auf diese Mittel konnten es sich die Taliban in Afghanistan oder die al-Shabab in Somalia leisten, dem Gebot des Korans strikt zu folgen und Drogenanbau und Drogenhandel zu verbieten.

Dschihadisten als solche stellen kaum eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Ohne Finanzmittel und adäquate Bewaffnung sind sie lediglich zahnlose Fanatiker.

Das hat sich inzwischen geändert. Die Unterstützung aus dem arabischen Raum geht zurück. Zugleich ist der Bedarf an modernen Waffen und Kämpfern erheblich gestiegen. Taliban, al-Shabab & Co mussten sich nach anderen Quellen der Re-Finanzierung umsehen. Sie sind dabei zwangsläufig immer enger an die organisierte Kriminalität herangerückt, insbesondere an den illegalen Drogen- und Waffenhandel, ähnlich wie seinerzeit marxistische Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Die Taliban profitieren heute vom Opiumanbau und Heroinhandel in Afghanistan. Ähnliches gilt für al-Shabab in Bezug auf den Khathandel nach Europa, obwohl ihre Hauptfinanzierungsquellen der Export von Holzkohle und der illegale Handel mit kenianischem Elfenbein nach Asien sind. Und IS kann sich inzwischen aufgrund der besetzten Ölquellen, der Zwangsbesteuerung der Bevölkerung, der Einnahme von Banken etc. fast völlig aus seinem eigenen Machtbereich refinanzieren. Was schließlich die Bewegungen im Sahel betrifft, ist es ist kein Zufall, dass einer der früheren Führer der al-Qaida im Maghreb (AQIM) Mokhtar Belmokhtar, zugleich den Beinamen Mr. Marlborough führte. Er war (und ist wohl) eine maßgebliche Figur im illegalen, regionalen Zigarettenhandel. Zugleich hat sich AQIM allerdings auch maßgeblich durch die Entführung europäischer Geiseln finanziert, ähnlich wie IS.

Wie eng das Zusammenwirken von organisierter Kriminalität und dschihadistischen Bewegungen im Einzelnen ist, bleibt bislang strittig. Kein Zweifel besteht jedoch daran, dass die wachsende Masse der

perspektivlosen Jugendlichen für beide ein ideales Rekrutierungspotential darstellt. Regierungsversagen und Bevölkerungsexplosion wirken hier auf fatale Weise zusammen. In Mali zum Beispiel hat sich die Bevölkerung in zwei Jahrzehnten fast verdoppelt (in Deutschland hat das seinerzeit ein Jahrhundert gedauert). 50 Prozent der Bevölkerung ist heute jünger als fünfzehn Jahre alt, ca. 70 Prozent jünger als 25. Selbst funktionierende Regierungen hätten Probleme, solche Zuwachsraten zu bewältigen.

Was kann der Westen beitragen?

Die Analyse zeigt, dass es nicht einfach sein wird, erfolgversprechende Ansatzpunkte für eine Bekämpfung der Expansion von Dschihadismus und organisierter Kriminalität zu identifizieren. Begrenzte militärische Aktionen und der Einsatz von Drohnen sowie die Luftunterstützung lokaler Akteure im Kampf gegen IS werden eine Rolle spielen, das Problem aber nicht lösen. Ein heikles, aber nicht zu vermeidendes Thema ist deshalb auch die Frage von Waffenlieferungen, so wie sie kürzlich von der Bundesregierung beschlossen wurden. Dass solche Lieferungen schwierige ordnungspolitische Fragen aufwerfen, liegt auf der Hand.

Was das rasante Bevölkerungswachstum betrifft, haben sich die bislang praktizierten Strategien der Geburtenkontrolle als undurchsetzbar oder ineffektiv erwiesen. Ähnliches gilt für den Versuch, die politischen Eliten dieser Länder durch Rechtsstaats- und Menschenrechtsprogramme sowie durch Sicherheitssektorreformen zu einem verantwortungsvolleren Regieren zu bewegen. Der Kampf gegen Korruption ist auf breiter Front gescheitert. Das könnte sich ändern, wenn sich Europa, die USA, Japan und insbesondere China zu einem entschiedenen und gemeinsamen Vorgehen zusammenfänden. Das jedoch steht in den Sternen. Nicht viel besser sehen die Erfolgschancen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität aus. Hier existieren gewisse Ansatzpunkte einer besseren Koordinierung. Wirklich erfolgversprechend wäre aber nur, die unverändert wichtigste Einkommensquelle der Kriminalität durch Entkriminalisierung des Kokain- und Marihuana-Konsums trocken zu legen. Genau das ist eine zentrale Forderung eines kürzlich erschienenen Expertenberichts der West African Commission on Drugs.

Darüber hinaus ist fraglich, was der Westen zu einer Bekämpfung des Dschihadismus überhaupt beitragen kann, abgesehen von selektiven,

unterstützenden Maßnahmen zur militärischen Eindämmung. Diese Begrenzung hat aber auch ihre positive Seite. Denn ein direktes westliches, insbesondere US-amerikanisches, Eingreifen steht immer in der Gefahr, die Popularität der Terroristen zu stärken, anstatt sie zu schwächen. Außerdem, das ist die gute Botschaft, trägt das Erstarken der Dschihadisten zugleich den Kern ihrer Schwächung in sich. Das brutale Vorgehen etwa von IS gegen schiitische und andere Muslime erzeugt nicht zuletzt in islamisch geprägten Staaten zunehmend Widerstand, auch auf der Arabischen Halbinsel. Das Ausmaß der Annäherung zwischen Teheran und Washington in Sachen IS ist geradezu bemerkenswert. Und die Rivalität zwischen IS und al-Qaida schließlich um den Führungsanspruch unter den Dschihadisten wird weiter zunehmen. In verschiedenen Gruppierungen, insbesondere AQIM, gibt es bereits heftige Auseinandersetzungen darüber, wem zu folgen ist: al-Qaida oder IS. Eine kluge Politik gegen den dschihadistischen Terrorismus sollte vor allem diese Entwicklungen im Auge haben. Präsident Obama ebenso wie die Bundesregierung haben Recht, in ihrem Vorgehen vor allem auf die Stärkung lokaler Akteure zu setzen, auch wenn das schwierige ordnungspolitische Fragen aufwirft. Die Tatsache, dass eine Reihe dieser Akteure, wie zum Beispiel die erstarkenden schiitischen Milizen, ähnlich brutal wie IS sind, wird dabei noch viel Kopfzerbrechen bereiten.



Winrich Kühne
Bologna

Winrich Kühne ist Gründungsdirektor des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze und gegenwärtig Stephen Muller Professor am SAIS Bologna Center der Johns Hopkins University. Bis 2002 war er Mitglied der Leitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Von 1995 bis 2000 war er unter anderem Mitglied der „International Advisory Group“ und der 1995 von Kofi Annan gegründeten „UN's Lessons-Learned Unit“.

6 LESERBRIEFE

Udo von+Massenbach schrieb am 16.09.2014

ausgezeichneter Artikel

Karla Ko schrieb am 17.09.2014

Gelungene Analyse, die den rasanten Aufstieg von ISIS, Boko Haram und anderen islamistisch-dschihadistischen Gruppen nachvollziehbar macht. Gerade der "Qualitätssprung" dieser Bewegungen ist dabei zentral und fällt zu oft unter den Tisch. Es bliebt anzuwarten, ob der Westen im Kampf gegen ISIS und Co die "richtigen" Entscheidungen trifft - Obamas Beschluss keine US-Bodentruppen zu schicken lässt hoffen.

Wolfgang Würz schrieb am 18.09.2014

Sehr geehrter Herr Kühne, treffende Analyse der aktuellen Situation im Phänomenfeld "Internationaler Terrorismus". Einmal mehr zeigt ihr Lagebild, wie schwer es ist zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren, und vorsorglich richtige politische Entscheidungen zu treffen

und in der Realität umzusetzen.
MfG

Dola Sisse schrieb am 20.09.2014

Geehrter Herr Kühne, Sehr Gute Analyse!!? konnen Sie auch einbisschen über den Überfall von Westlichen Länder an Lybien kommentieren: was war der Grung?, von wenn?, und die hin von Frankreich und England gelieferten Tonen von Wafen?, wo sind die gelandet?, warum haben die Europäer die AU nicht zugehört.
Desweiteren, habe ich problem damit, dass Westlichen Länder wenig korrupt sind als die Afrikaner sowie ihre Anlyse darzustellen scheint, denn es sind Westlichen Länder die, die Afrkanischen Eliten Fördern solang ihre interesse berücksichtigt wird, alle anderen werden brutal Weggefegt.
wenn mannandere komentatoren in Blog "PAGINA GLOBAL" und anderen Bloggs aus sogenannten Entwicklungsländern (Latein-Amerika, Afrika una Asien) liest, bekommt mann den Eindrück ,dass es Menschen gibt die sehr Große interesse daran haben solches KAOS zu fördern um in ein bestimmtes Gebiet eingreifen zu konnen. War ist, diese Fraktion-IS, so wie

mann es hört und in TV sieht, hat keine beruhrungspunkt mit keinen von den Drei MONOTEISTEN RELIGIONEN.

MfG

Andreas Pfeffer schrieb am 29.09.2014

Warum sollte die Stärkung lokaler Akteure sinnvoller sein, als z.B. ein UNO Mandat?

Georg Lennkh schrieb am 07.10.2014

Der sehr treffenden Analyse ist nichts hinzuzufügen. Allerdings beginnt man sich etwa in Österreich nun doch auch zu fragen, was österreichische junge Frauen veranlaßt, zur IS an die Front zu wollen, gar nicht zu reden von über hundert jungen Männern. Ein Nachdenken darüber, was bei uns selbst falsch gelaufen ist, beginnt eben erst.
